

B67-7983

Alfred Vivenot

ZUR GENESIS

DER

ZWEITEN THEILUNG POLENS.

1792 — 1793.

VON

ALFRED RITTER VON VIVENOT

K. K. LEGATIONS-RATH.

WIEN, 1874.

WILHELM BRAUMÜLLER

K. K. HOF- UND UNIVERSITÄTSBUCHHÄNDLER.

Zugleich als Ergänzungsheft zum 2. Band der „Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs während der französischen Revolutionskriege (1790—1801)“

mit dem Separattitel:

„Die Politik des österr. Vice-Staatskanzlers Gf. Ph. Cobenzl unter Kaiser Franz II.
(April 1792 bis März 1793).“

I.

In jedem Anbetracht lehrreich ist der Inhalt des II. Bandes der „Quellen zur Geschichte der deutschen Kaiserpolitik Oesterreichs während der französischen Revolutionskriege“. — Das Bild der grossen Tragödie des Reichszerfalles steigt in düstern Umrissen aus dem Rahmen der diplomatischen Correspondenzen hervor. Die Wogen der entfesselten französischen Revolution wälzen sich drohend gegen das wurmstichige und ungenügend bemannte deutsche Staatsschiff heran. Der Odem eines neuen Geistes bewegt die Gemüther. Mit Bangen sieht Deutschland am Schlusse des Jahrhunderts neue Ideengebilde erstehen, welche das morsche Gebälke der Reichsverfassung über den Haufen zu werfen drohen.

Wie aus den Urkunden des I. Bandes zu entnehmen, fand der Enkel Maria Theresiens bei seinem Regierungsantritt den Krieg mit Frankreich und die Allianz der österreichischen Erblande mit Preussen vor. — Die ersten Monate seiner Regierung vergingen mit den altherkömmlichen Krönungsfeierlichkeiten in Wien, Ofen, Prag und Frankfurt. In letzterer Stadt hatten sich die Wahlbotschafter unter dem Eindruck des entfesselten Krieges gegen die neu erstandene Republik versammelt, die es gewagt hatte, den Thron des heiligen Ludwig

umzustürzen. Sie brachten, Dank den Einleitungen des Fürsten Kaunitz, ihr Geschäft in kürzester Frist zu Stande. Zum letzten Male entfaltete sich den Blicken der Zeitgenossen der Pomp einer uralten Ceremonie, — der Krönung des frei gewählten deutschen Reichsoberhauptes.

Tiefer Ernst lag auf allen Gemüthern. Man fühlte den gewaltigen Pulsschlag einer neuen, an das Reich und seine mittelalterlichen Formen herantretenden Zeit, — und hoffnungsvoll wandten sich die Blicke der deutschen Patrioten auf den jungen Erzherzog von Oesterreich, den König von Ungarn und Böhmen, den erwählten römischen König und deutschen Kaiser, der in seiner schlichten Einfachheit, wenn nicht „Ein Mehrer“, so doch gewiss ein redlicher Beschützer der Reichsgrenzen zu werden versprach. Und so wurde die österreichische Erbmacht zum schützenden Schild an der verlassenen Rheingrenze.

Zu keiner Zeit bis dahin, seit den Tagen der Reformation, waren für das alte deutsche Reich so hohe Interessen auf dem Spiel gestanden. Dies erklärte auch die Begeisterung, mit welcher zum Erstenmale wieder seit Eugen's des „edlen Ritters“ Zeiten in Deutschland der österreichische Doppelaar bejubelt wurde, als ihn die bewährten Weissröcke viele hunderte von Meilen von den türkischen und russischen Grenzen herüberbrachten, um unter diesem Panier im Verein mit den kriegsgeübten Truppen des verbündeten Preussen's die deutschen West-Marken zu schützen.

Welcher Prophet hätte in diesen gehobenen Tagen einen Baseler Frieden, einen Rastadter Congress, einen Lunéviller Frieden, ein Austerlitz und Jena oder gar das Gespenst einer deutschen Föderation unter einem machtlosen Bundespräsidium als Ergebnisse des zwanzigjährigen Ringkampfes unter Oesterreichs Leitung vorausgesagt? Welcher Seher hätte bei jener friedlichen, mit unverkennbarer Begeisterung bewirkten Kaiserkrönung in Frankfurt i. J. 1792 die inneren Schäden wahrnehmen können, an denen die grosse Allianz der deutschen Mächte krankte? Wer hätte geglaubt, dass eben zur Zeit dieser Krönung der grosse Staatsmann Oesterreichs, welcher

mit unvergleichlicher Meisterschaft die Krönungsfeierlichkeit seines jungen Souveräns einzuleiten und zu vollbringen verstanden, in fieberhafter Ungeduld nur die erste Nachricht der erfolgten Krönung erwartete, um mit dieser Staatsaction sein ehrenvolles fünfzigjähriges Ministerium zu beschliessen? Wer endlich hätte es geglaubt, dass der Nestor der europäischen Diplomatie seinen Rücktritt gerade damals begehrte, um keinen Theil zu haben an einer Politik, welche, mitten im entfesselten Krieg gegen Frankreich, über die Existenz Polens insgeheim den Stab gebrochen hatte?

Nicht ohne Absicht hatte ich den I. Band meiner Quellen: „Die Politik des Fürsten Kaunitz“, mit der französischen Kriegserklärung und der Gegendeclaration Oesterreichs geschlossen. Man kann diese Gegendeclaration füglich als die letzte grosse politische Staatsschrift des greisen Kanzlers, als die letzte That seiner Politik betrachten. Denn nur wenige Wochen nach ihr überliess der erfahrene Steuermann die Leitung des Staatsschiffes jüngeren Händen, die sich mehr Kraft zutrauten, als der gewissenhafte 80jährige Greis sich selbst beimessen konnte und wollte. Des Letzteren, auf Polens Erhaltung gerichtete grosse Staatsprincipien waren nicht mehr diejenigen der ihn ersetzenden Nachfolger. Man wollte es besser machen als der „geschäftige alte Herr“ *) und machte es entschieden schlechter.

Seit Mai 1792 spielten hinter seinem Rücken andere Spieler mit dem politischen Credite Oesterreichs. Zur selben Zeit, als er Preussen zu bewegen versuchte, in Polen, selbst gegen Russlands Willen, die erbliche Monarchie unter dem staatsklugen Hause der Wettiner aufzurichten, zum wenigsten Polens Unabhängigkeit zu erhalten, — zur selben Zeit unterhandelten sein alter ego, der Vice-Staatskanzler Graf Ph. Cobenzl, und sein Staats-Referendär Freiherr von Spielmann, der einflussreichste Mann im auswärtigen Amte, mit den preussischen Ministern über Polens Verderben.**)

*) Quellen B. II. S. 212.

**) Quellen B. II. S. 55, 63, 80, 89, 110.

bei der ersten ihnen in den Wurf kommenden Gelegenheit die Principien und die Traditionen ihres Meisters preis. Die von Preussens erstem Minister Grafen Schulenburg insgeheim begehrte Zustimmung zu einer erneuten Zerstückelung Polens erfolgte mitten im Kriege gegen Frankreich. Allein statt sich mit den praktisch denkenden preussischen Ministern zu einem positiven Zweck zu verbinden, liefen die überklugen österreichischen Politiker, auf vage Zusicherungen der preussischen Minister bauend, der Chimäre des Austausches von Bayern gegen die österreichischen Niederlande nach. Und um diese Austauschidee dreht sich nun plötzlich das ganze politische Kaleidoskop Oesterreichs während des Ministeriums des Grafen Ph. Cobenzl. — War es ein Wunder, dass diese Politik vollends in die Abhängigkeit des Verbündeten gerieth, als man seinem Oberbefehl die eigenen österreichischen Streitkräfte untergeordnet hatte? Freilich war das ein arger Absprung von der bisherigen, zwar „pedantisch“, aber überaus würdevoll geleiteten Politik des österreichischen Staatskanzlers.

Kaunitz, dem der ganze Handel mitgetheilt wurde, als er bereits abgeschlossen schien, vom Kaiser aufgefordert, die „ministerielle Behandlung“ des Gegenstandes zu übernehmen, war über diesen gewaltigen Absprung von seiner polnischen Erhaltungspolitik mit vollem Recht empört. Wer sich die neue Lage vergegenwärtigt, in welche Oesterreich gerieth; wer sich der schwierigen Verhandlungen erinnert, die Kaunitz kaum zwei Monate vor diesem Systemwechsel noch im März 1792 mit Bischoffwerder in Wien glücklich durchgeführt zu haben wähnte; wer die „Betrachtungen des Fürsten über die polnischen Angelegenheiten“*) und seine Bemühungen kennt, das Polenreich zu erhalten;***) wer sich vergegenwärtigt, dass diese grossherzige, jeder Begehrlichkeit fremde, nur auf Oesterreichs Zukunft, das Beste des Reiches und ganzes Nationen berechnete Politik

*) Quellen B. I. S. 418.

**) Quellen B. I. a. g. O. u. B. II. S. 67 dd. 30. Mai 1792, S. 87
99—100 u. s. w.

umgeworfen wurde, durch Männer seiner eigenen Schule: der fürwahr versteht den lodernden Zorn des Fürsten, der seine politischen Kreise zertreten sah. — Ein Riese wie er, an Charakter und staatsmännischer Grösse konnte sich einen solchen Systemwechsel nicht bieten lassen. Und mit markigen, schneidenden Worten erwiderte der greise Staatsmann seinem jungen König:

„Ich ersehe bei diesem ganzen Betragen Nichts als Habsucht und politische Grundsätze, welche für zukünftige Zeiten sehr wenig Vertrauen einflössen können und damit wenig Gutes versprechen. Eine dergleichen politische Moralität ist nicht nach meinen Grundsätzen und sollte dahero von einer grossen Macht, welche sich selbst zu schätzen weiss und den Werth ihres guten Namens anerkennt, nimmermehr angenommen werden. Nach meinen Begriffen sollte man also den ganzen Vorschlag fallen zu machen sich bestreben, weil nimmermehr aus einer schlechten Sache was Gutes werden kann. Es ist also, nach der dermaligen Lage der Sachen, mein einziger Wunsch und meine einzige Hoffnung, dass Nichts daraus werden kann, noch wird, und wird sich hoffentlich meines Ermessens sorgfältig zu hüten sein, dass man sich nicht weiter einlasse und eben so unnütz als verkleinerlich compromittire.“*) — Kaunitz verbat sich jedwede Theilnahme an dem Geschäfte, um, wie er sagt: „Nicht gegen meine Ueberzeugung durch einen solchen Schritt mein Ministerium zu endigen.“

Die wenigen Schriftstücke, die auf das epochemachende Ereigniss des Rücktrittes des Fürsten-Staatskanzlers Bezug haben, sind meist Dictate des greisen Staatsmannes. Sie liefern mit seinen in dem I. Band meiner „Quellen“ und in dem vorliegenden II. veröffentlichten „Considérations“ und „Réflexions“ überaus werthvolle Beiträge zu seiner Charakteristik und zur Kenntniss jener traditionellen Diplomatenschule, welche man einst mit Vorliebe und Stolz die „österreichische“ oder „kaiserlich deutsche“ nannte.

*) Quellen B. II. S. 114—115.

Umsonst versuchte der junge König, den Fürsten zu beschwichtigen. „Ein echter Staatsmann leitet, aber wird nicht geleitet“, — so lautete sein politisches Glaubensbekenntniss. Zudem wusste er, gleich wahrhaft grossen Männern, dass seine Zeit abgelaufen war. Dem Enkel der unvergesslich geliebten Maria Theresia die deutsche Kaiserkrone auf das Haupt zu setzen, erachtete der Fürst als seine politische Pflicht. Er hatte es verstanden, vier deutschen Kaisern aus dem Hause Oesterreich die Krone Karls des Grossen zu gewinnen. Mehr konnte und durfte die neue Zeit von dem 80jährigen Mann nicht erwarten. Auch ist es, mit geringer Ausnahme, thatsächlich nur die Krönungscorrespondenz, die er als leitender Minister selbstständig führt und unterzeichnet. Und nachdem er am 23. Juli 1792 die Genugthuung empfunden, sein Ministerium mit der Mittheilung an die Welt zu enden, dass in Frankfurt die Wahl des letzten Reichsoberhauptes aus dem österreichischen Herrscherhause stattgefunden habe, — begehrt er unverzüglich von dem kaum in seine Erblände zurückgekehrten erwählten römisch-deutschen Kaiser am 21. August 1792 seine Entlassung.*)

„Der gute Staatsbürger,“ schrieb er dem Kaiser, „schuldet „dem Vaterlande seine Dienste, so viel und so lange diese ihm „nützlich sein können; aber er schuldet ihm auch und schuldet „gleichzeitig sich selbst, sich nicht zu erlauben, irgend eine „Staatsstelle zu bekleiden, die er in passender Weise auszu- „füllen sich nicht mehr für befähigt hält. Ich bin, so glaube ich „dem ersten Theil der Anforderung, die man an einen guten „Staatsbürger stellen kann, vollständig gerecht geworden; aber „es bleibt mir jetzt noch übrig, den zweiten Theil zu erfüllen, „und dem entsprechend ersuche ich Euer Majestät, mir meinen „Rücktritt von einem fünfzigjährigen Ministerium zu gewähren, „in welchem ich es zum wenigsten versuchte, mich um den „Staat verdient zu machen.“

Wenigen Staatsmännern dürfte es beschieden sein, eine so selbstbewusste, würdige Sprache zu führen, die doch so

* Quellen B. II. S. 157.

überaus bescheiden klang. Wenigen mochte es beschieden sein, eine ehrenvolle Enthebung von der höchsten Staatsstelle als schuldige Pflicht des Monarchen zu verlangen.

Es spricht zu Gunsten des jungen Kaisers, dass er ein Verständniss hatte für den schweren Verlust, der ihm drohte. Inständig in gleich herzlichen und würdigen Worten ersuchte er diesen, sein Enthebungsgesuch zurückzunehmen.

„So gerne ich Ihnen in Allem entgegen zu kommen trachte“, antwortete er, „und mich mit Vergnügen allen Ihren „Wünschen, selbst Ihrem Willen füge, so wenig kann ich in „diesem Augenblick und am Anfang meiner Regierung Ihre „guten Rathschläge entbehren und die Bitte Ihres Rücktrittes „gewähren. Es ist zweifellos, mein lieber Fürst, dass Sie die „Pflichten eines guten Staatsbürgers durch die ausgezeichneten „und vorzüglichen Dienste erfüllten, die Sie meinem Hause „geleistet haben, und für welche Ihnen meine Vorfahren und „ich den wärmsten Dank und alle nur denkbare Erkenntlich- „keit schulden. — Sie sagen, dass Ihre Dienste unnütz werden, „und dass Sie eine Stellung nicht mehr ausfüllen können, deren „Anforderungen Sie nicht mehr zu entsprechen vermögen. „Lassen Sie sich selbst mehr Gerechtigkeit widerfahren, mein „Fürst! Gedenken Sie Ihrer Erfahrungen, der Eigenschaften, die „Sie besitzen, des Guten, welches Sie noch der Monarchie und „meiner Person leisten könnten! Bedenken Sie, dass ich meine „Regierung in sehr schwierigen Zeiten beginne, in denen ich „eines erfahrenen Ministers, wie Sie es sind, bedarf, damit er „mir mit seiner Weisheit und mit guten Rathschlägen helfe! „Fügen Sie Ihrem Ministertitel noch jenen eines Freundes „hinzu! Ihre Anhänglichkeit für meine Familie wird Sie meinen „Wünschen, dass Sie an meiner Seite bleiben mögen, nachgeben „machen; wir werden zusammen für die Zukunft arbeiten, und, „so lange Gott Sie erhält, werden wir uns nur mit dem allge- „meinen Wohle der Monarchie beschäftigen.“

Diese warm empfundenen Worte des ersichtlicher Weise höchlich betroffenen Monarchen vermochten es aber nicht

mehr, den selbstbewussten Staatsmann von seinem Entschluss abzubringen.

„Der Brief“, so schreibt der Fürst am 9. August*), „mit dem Euer Majestät am 6. d. mich beehrten, hat meinem Gedächtniss einen Zug zurückgerufen aus dem Leben des grossen und guten Königs Heinrich IV., der gelegentlich gesagt hat, dass es zwar Menschen seltener Art gäbe, welche ihre Dienste zu vergessen wüssten, dass es aber Pflicht des Fürsten sei, dieser Dienste dann zu gedenken. Sie geruhen sich derjenigen zu erinnern, welche ich das Glück hatte, Ihrem Hause und Ihren Ahnen zu leisten, und diese Erinnerung, deren ganzen Werth ich fühle, kann nur das Bedauern erhöhen, welches ich empfinde, mich in die Unmöglichkeit versetzt zu sehen, länger einem Ministerium vorzustehen, dessen Obliegenheiten fürderhin in würdiger Weise zu erfüllen ich mich ganz ausser Stand erklären muss, so wie ich die Ehre hatte, es Euer Majestät in meinem Brief vom 2. d. auseinander zu setzen, weshalb ich wiederholt und sehr eindringlich darum bitten muss, dass Euer Majestät die Gnade haben mögen, meine Enthebung von allen meinen Aemtern anzunehmen und mir als Lohn meiner Dienste meinen Rücktritt zu gewähren.“

„Dies wird Euer Majestät nicht abhalten, meinen Rath gelegenheitlich einzuholen; meine Ansichten werden in diesem Falle den Vorthail haben, weder unbequem zu sein, noch lästig zu fallen, weil sie nur mehr der Ausfluss meiner persönlichen Meinung und die Gedanken eines Privatmannes sein werden, welche Sie je nach Ihrem Belieben verwerthen können; es werden nur mehr die Rathschläge eines Freundes sein, — weil Sie mich mit diesem Namen zu beehren geruhen, — aber jene eines wahren Freundes, wie selten ein Zweiter ist. Ich schmeichle mir, dass die Gerechtigkeitsliebe Sie dazu bestimmen wird, nicht zu verlangen, dass ich, nur um Euer Majestät willfährig zu sein, mich der Gefahr aussetze, die Reputation und das Ansehen zu verlieren, welche ich

*) Quellen B. II. S. 169.

„mir vielleicht in der Welt erworben habe. Dem entsprechend glaube ich mir wiederholt erlauben zu dürfen meine ganz ergebenste Bitte auszusprechen, dass Euer Majestät geruhen wolle, mir die Gnade, um die ich Sie anspreche, zu gewähren, als ein Zeichen jener Gefühle, die Euer Majestät die Güte hatten, mir am Ende Ihres gnädigen Schreibens zuzusichern, und gleichzeitig bitte ich Euer Majestät, auch fürderhin Ihr Wohlwollen dem ältesten Diener Ihres Hauses zu erhalten.“

Noch schwankte der Kaiser einige Tage. Erst am 19. August gab er in Wien den Bitten des greisen Staatsmannes nach. Die kaiserliche Munificenz, von der sein Antwortschreiben*) einen glänzenden Beweis ablegt, konnte nicht besser angewendet werden, und der zurücktretende Fürst anerkennt sie „in Anbetracht der Wirkung, welche auf einen Mann von meiner Denkart die Zeichen des Vertrauens und der Huld Euer Majestät immer machen werden“.

Zur Illustration der grossen Politik schien es mir nothwendig und wichtig, diese hinter der öffentlichen Staatsaction sich abspielende Episode vom Rücktritte des Fürsten Kaunitz eingehender auseinander zu setzen, da ihr der dramatische Effect durch den politischen Schiffbruch seines unmittelbaren Nachfolgers nicht fehlte. Hiedurch erklärt sich aber auch der Special-Titel des zweiten Bandes meiner „Quellen“ als „Politik des Grafen Ph. Cobenzl“, wenngleich der Fürst-Kanzler, wie darin ersichtlich, noch bis in den August des Jahres 1792 nominell die Geschäfte der Staatskanzlei führte. Erst nach voller Kenntniss dieser Episoden wird die richtige Beurtheilung des Zeitabschnittes möglich, welcher zwischen der Krönung des jungen Königs in Ungarn und der zweiten Theilung Polens liegt, deren Anwurf, seltsam genug, mitten unter „unseren hungarischen Schnurrbärten“**), wie Spielmann drastisch schreibt, im Mai 1792 stattgefunden hat.

*) Quellen B. II. 176, die Antwort S. 177.

**) Quellen B. II. S. 110.

Der Ernst, mit welchem der greise Staatskanzler das von Preussen angetragene politische Geschäft gleich Anfangs verwarf, mochte immerhin einen gewissen Eindruck auf den König und einige seiner Conferenz-Minister hervorgebracht haben. Sehr kleinlaut antwortete ihm der junge König schon im Juni. *) Und während und gleich nach der Krönung zum deutschen Kaiser sind in den Mainzer und Frankfurter Conferenzen Schwankungen fühlbar **). Die neue Politik Cobenzl's die Spielmann'sche Idee der „Preisgabe eines Theils von Polen an Preussen gegen den nach Umständen zu bewirkenden Austausch der Niederlande für Bayern“ stiess zwar noch auf keinen ernstlichen Widerspruch bei den Conferenz-Ministern; immerhin sah man aber das Bedenkliche der Sache und die Möglichkeit ein, dass Oesterreich bei dem ganzen Handel leer ausgehen könnte, wenn es nicht bald gelänge, französisches Gebiet zu erobern, oder wenn gar der Kurfürst und seine Agnaten sich dem nur auf friedlichem Wege zu erstrebenden Tausche widersetzen sollten.

FM. Graf Lacy war der Erste, welcher die Durchführung der ganzen Idee durch Forderungen an Preussen erschwerte. Er verlangte von Preussen Cautelen und ein *Superplus* für das durch den Tausch angeblich Oesterreich zugemuthete Opfer. Preussen sollte hienach die fränkischen Markgrafthümer, welche es soeben erst nach dem Austerben der bayreuther Fürstenlinie in Besitz genommen hatte, an Oesterreich abgeben. Diesem Gedanken pflichtete der Graf Ph. Cobenzl bei. ***) Die Oesterreicher fanden ein solches Verlangen höchst billig; die preussischen Staatsmänner waren aber, Graf Schulenburg ausgenommen, von dieser Wendung der Dinge begreiflicher Weise sehr wenig erbaut und glaubten, dass Oesterreich in der Entschädigungsfrage *mala fide* handeln wolle.

Auf österreichischer Seite beherrschte der Staatsreferendar Freiherr von Spielmann, als Cobenzl's rechte Hand, das poli-

*) Quellen B. II. S. 116.

**) Quellen B. II. S. 132, 141, 142, 145, 146.

***) Siehe das am Schlusse dieser Abhandlung abgedruckte Memoire.

tische Terrain. Reiche Kenntnisse, eine seltene, ungewöhnliche Arbeitskraft waren ihm nicht abzusprechen. Auch ist es nicht die Idee des Austausches, welche ihm zum Vorwurf gemacht werden darf. Spielmann war eben von seinem Gedanken so vollständig beherrscht, dass er für alles Andere, was in Europa vorgieng, vollständig blind schien. — Das Schicksal Europa's, die Neugestaltung Frankreichs, die Entscheidung über republikanische oder monarchische Staatsform, die Gefahr für die bedrohte katholische Religion, das Schicksal der gefangenen königlichen Familie, der Tochter Maria Theresiens, der Untergang Polens, die Freundschaft Russland's, — Alles, Alles trat in den Hintergrund vor der grossen Idee, durch Preussens Beihilfe und Bundesgenossenschaft der österreichischen Monarchie in der Vereinigung des stammesgleichen österreichischen mit dem bayerischen Kreise ein unerschütterliches Piedestal seiner politischen Suprematie im Reich und die so schmerzlich entbehrte innere Consistenz zu verschaffen. Ihm galt es in erster Linie, die angeblichen Fesseln politischer Noth-Allianzen zu brechen, in die Oesterreich seiner Ueberzeugung nach durch den Besitz der Niederlande gekommen war, seitdem es der Verlust Schlesiens machtloser im Reich als früher gemacht hatte und es ermöglichte, dass die österreichische Monarchie bald von Frankreich, bald von England, bald von Russland, bald von Preussen in das Schlepptau fremder Interessen genommen wurde.

Hochinteressant, ja selbst übersichtlich klar sind seine politischen Abhandlungen über diese für Oesterreich in jedem Anbetracht politisch wichtige Frage.*) Man sieht daraus, der Mann hatte hundertmal Recht; aber er hatte doch auch noch öfter Unrecht, weil der Zeitpunkt der Durchführung der weittragenden Idee vollständig unglücklich gewählt war. Daran allein scheiterte das ganze Project und brachte noch dazu Oesterreich in die allerunerquicklichste und misslichste politische Lage.

Für die Erkenntniss der wahren Situation liefern die Spielmann'schen Schriften in so ferne einen werthvollen Bei-

*) Quellen B. II S. 134.

trag, als sie akademisch correct den Beweis liefern, wie thöricht es von Historikern ist, Oesterreich aus dem Staats-Gedanken des bayerisch-niederländischen Tausches einen Vorwurf zu machen, da letzteres, wie es die Acten überzeugender nicht leicht beweisen können, weit von dem Gedanken entfernt war, Bayern mit Gewalt und widerrechtlich an sich zu reißen. — Lehnte es ja alle diesbezüglichen, ihm von seinen preussischen und russischen Bundesgenossen selbst angerathenen gewaltthätigen Schritte ab. Wie schon Einmal unter Kaiser Joseph II., sollte es sich neuerdings lediglich um einen friedlichen Ländertausch handeln, der die alte kurfürstlich pfalz-bayerische Krone in eine burgundische Königskrone verwandeln und zusammengehörende deutsche Stammgebiete zu einem mächtigen Staatscomplex vereinen sollte. In diesem politisch vernünftigen Gedanken liegt doch fürwahr für Oesterreich kein politisches Verbrechen; am allerwenigsten ist aber, und gerade wegen dieses Gedankens, die in deutschen Geschichtswerken geläufige Phrase begründet, Oesterreich habe zur Zeit, als es die deutsche Kaiserkrone besass, sich selbst dem Reiche entfremdet, seine Macht, sein Ansehen und alle seine Vergrößerungsgedanken, statt nach dem Westen, immer nur nach dem Osten gerichtet.

Ist heute für den Reichsländer und Oesterreicher zu bedauern, dass etwas Ungeschehenes nicht geschah, so ist es sicher die Nichtverwirklichung der Spielmann-Cobenzl'schen Austausch-Idee. — Es ist mehr als wahrscheinlich, dass sich die Macht des revolutionirten Frankreichs an diesem Damm gebrochen hätte; es ist mehr als wahrscheinlich, dass unsern Voreltern, uns und unsern Nachkommen viele traurige Kriege, ja der ganzen Menschheit das Blut und Gut von Millionen erspart geblieben wäre, wenn die Politik des Grafen Ph. Cobenzl, statt zu unterliegen, politische Siege gefeiert hätte.

Freilich ist nicht zu leugnen, dass eben so wenig wie auf der preussischen, auch auf österreichischer Seite von einem Rechtsbewusstsein in der Entschädigungsfrage eines französisch-deutschen Krieges auf Kosten Polens irgend eine Spur zu ent-

decken ist. Und diese Wahrnehmung kennzeichnet mehr als alles Andere den beklagenswerthen Absprung, den das Ministerium des Grafen Ph. Cobenzl von den alten, durch Kaunitz festgehaltenen ehrenvollen österreichischen Traditionen gemacht hat.

Wenn es aber unseren Zeitgenossen vorbehalten war, in den politischen Verhandlungen der Gegenwart ähnlichen Völker- und Länderschacher zu erleben: dann kann der unparteiisch Denkende doch unmöglich ein Verdict über die österreichischen Staatsmänner fällen, welche die Vorgänge des Jahres 1792 mit verschuldeten. Die Zeit, in welcher die zweite Theilung Polens vor sich gieng, war trotz aller „Menschenrechte“ und der gepriesenen philosophischen Grundsätze des Neufrankenthums eine rohe und gewaltthätige. Damals ebenso wie heute galt: „Macht vor Recht“. Damals weit weniger als heute gab es im diplomatischen Lexikon die Rubrik „Rücksicht auf historische Staatenbildung und Nationalitäten“.

Für die österreichischen Staatsmänner spricht es, dass nicht sie es waren, welche den Gedanken der Zerstückelung Polens zuerst ausgesprochen hatten. Es spricht für sie, dass sie sich in dieser Frage der Nothwendigkeit beugten und, wie die von mir veröffentlichten Urkunden in überzeugendster Weise darlegen, den Versuch nicht unterliessen, die Gewaltthat möglichst zu beschränken. Es spricht für sie noch der Umstand, dass sie zuerst gar keinen Theil an dem ganzen Handel nehmen wollten. Ihre Genügsamkeit charakterisirt die Thatsache, dass sie selbst keinen Raub beabsichtigten, sondern lediglich zufrieden gewesen wären mit dem Austausch einer ihrer Meinung nach der österreichischen Machtsphäre entrückten Provinz gegen das benachbarte Bayern, dessen kinderloser Kurfürst dem Gedanken seiner Erhebung zum burgundischen König längst seine officielle Zustimmung gegeben hatte.

Nicht im Festhalten an der Consolidirung des deutschen Kaiserthums durch die Vereinigung des bayerischen mit dem österreichischen Kreise lag also, wie gesagt, der Fehler; — der Irrthum der österreichischen Staatsmänner in dieser Frage lag lediglich, es sei hier nochmals erwähnt und besonders

betont, in der Wahl des Zeitpunktes, und ein zweiter Fehler lag darin, dass sie sich der Zustimmung des Herzogs von Zweibrücken nicht versicherten, bevor sie die Austauschidee zu ihrem politischen Leitstern erhoben hatten. War es ja doch unschwer vorauszusehen, dass dieser Agnat, falls seine Rechte nicht geschmälert werden sollten, — woran man in Wien nie dachte, — durch sein bloßes *Veto* alle Gegner Oesterreichs um sich vereinigen würde. War es ja doch unschwer vorauszusehen, dass sein Widerstand hauptsächlich durch Preussen, England, viele Reichsstände und alle jene europäischen Mächte unterstützt werden würde, denen der Gedanke einer Consolidirung Oesterreichs und die Erstarkung der deutschen Kaisermacht nicht nur gleichgiltig, sondern geradezu unbequem war.

Politisch klüger als der von Ph. Cobenzl und Spielmann Preussen gegenüber offen ausgesprochene und eingestandene Gedanke, den Austausch als das Pivot, als das „*summum bonum*“ der österreichischen Politik und ihrer Entschädigungs-Ansprüche in einem Krieg gegen Frankreich zu betrachten, wäre es gewesen, diese Erkenntniss sorgfältig zu verbergen, die Zustimmung zur Theilung Polens auch im Principe nicht zuzugeben, und, — musste dieses Princip aus Utilitätsgründen dennoch geopfert werden, — es nicht zu opfern, bevor nicht die kaiserlichen Truppen im Besitz des Elsass und Lothringen's ein greifbares Aequivalent als Entschädigung für das deutsche Reich sicher gestellt hatten. Waren diese Prämissen erfüllt, so blieb es ein Leichtes, die Niederlande zum Königreiche Burgund zu erheben, die politischen Unterhandlungen mit Kurpfalz selbstständig zu eröffnen, und erst wenn deren Erfolg gesichert gewesen wäre, durfte man in Wien die Frage in Erwägung ziehen, ob Polens Bestand dem preussisch-österreichischen Allianzbedürfniss zum Opfer gebracht werden müsse.

Doch von Allem diesem geschah das Gegentheil. Wie erwähnt, waren die Conferenzen in Mainz und Frankfurt der Lösung der Entschädigungsfrage für Oesterreich nicht förderlich. Indessen genügte es den verständigen preussischen Staatsmännern, dort in Erfahrung gebracht zu haben, dass den neuen

leitenden österreichischen Ministern die polnische Integrität gleichgiltiger geworden war als dem Fürsten Kaunitz. Auch nahmen sie mit Befriedigung zur Kenntniss, dass die Verbindung Oesterreichs mit Russland (auf die wir weiter unten noch ausführlicher zu sprechen kommen) zu Gunsten der preussischen Allianz gelockert werden könne, ja dass diese vielgerühmte österreichisch-russische Freundschaft auf sehr schwankenden Fundamenten ruhe.

Es wurde oben erwähnt, das sich die preussischen Staatsmänner, um ihre Zwecke in Polen zu erreichen, ursprünglich mit dem Gedanken befreundet hatten, Oesterreich die Möglichkeit des Austausches zu bieten. Es unterliegt auch keinem Zweifel, dass es namentlich der preussische Minister Graf Schulenburg und der General Bischoffwerder mit der österreichischen Bundesgenossenschaft redlich gemeint haben; aber das verfängliche „*Super plus*“ des Grafen Lacy machte die Preussen entschieden kopfscheu. Und als die von Oesterreich selbst in Antrag gebrachte Unterstellung der kaiserlichen Truppen unter preussischen Oberbefehl nun plötzlich zusehends die kaiserliche Macht zur Ohnmacht verurtheilte, da scheint es allerdings, dass die guten Vorsätze allianzmässiger Bundesgenossenschaft im preussischen Lager einen empfindlichen Stoss erlitten. Der Gedanke war ein zu verführerischer, Danzig und Thorn, ein neues Hinterland für Preussen, rasch in Besitz zu nehmen, Oesterreich aber, mit dem man seit Schlesiens Abtrennung auf dem *qui vive* gestanden hatte, mit der Ungewissheit seiner Entschädigung, im Felde mehr als nothwendig und für die österreichische Macht und Finanzen nützlich sein konnte, beschäftigt zu lassen.

Unter den Auspicien so gearteter diplomatischen Verhandlungen und politischen Vorsätze begann der Einmarsch der Verbündeten in Frankreich.

Das Interesse Preussens war begreiflich gegen alle dauern- den Eroberungen der Oesterreicher in Frankreich gerichtet, wie auch gegen eine rasche Beendigung des Krieges. Die Zögerungen

im Feld, während die politischen Unterhandlungen in Petersburg preussischerseits nun auf eigene Faust mit Russland geführt wurden, ohne Oesterreich weiter von ihrem Wesen zu verständigen, finden ihre Erklärung. Inzwischen bemühte sich Oesterreich ganz vergeblich, seinen Entschädigungsplan mit Preussen ins Reine zu bringen. Die zur Sprache gebrachte Abtrennung der Markgrafthümer lastete verhängnissvoll auf der jungen Freundschaft. Ganz nutzlos war Preussens Misstrauen gegen Oesterreich erweckt; noch in der Champagne glaubte es sich von letzterem hingehalten, was der Fall nicht war, da Ph. Cobenzl und Spielmann, wie die Urkunden überzeugend beweisen, immer den preussischen Ministern gegenüber den Satz „striktester Reciprocität für die beiden Höfe in ihren respectiven Erwerbungen, oder für beide Theile keine Länder-Erwerbungen“, vertreten hatten.

Inzwischen blieb aber der Kaiser und das Wiener Ministerium über die militärischen Pläne und Fortschritte des verbündeten Preussens vollständig im Unklaren. Friedrich Wilhelm II. unterhandelte direct und indirect durch Braunschweig, Mannstein, Kalkreuth mit den französischen Generälen*). Ohne die kaiserlichen Generäle, die dem preussischen Oberbefehle untergeordnet waren dabei irgendwie zu Rathe zu ziehen, schloss man Waffenruhe und Rückzugs-Conventionen fast in demselben Augenblicke, als grosse Verstärkungen österreichischer Ergänzungstruppen angemeldet waren, und Mercy und Thugut von Wien aus als Armeeminister in die Champagne entsendet wurden, während Spielmann zur selben Zeit in das preussische Hauptquartier abgesandt ward, um die seit Mai sich dahinschleppende Entschädigungs-Angelegenheit endgültig zu regeln.

Obgleich der Staats-Referendar am 8. October in Verdun eintraf, und die Anwesenheit dieses bevollmächtigten Ministers im preussischen Hauptquartier officiell angezeigt war, wurde er über den am 10. und 11. preussischerseits abgeschlossenen Waffenstillstand, in welchen die Niederlande jedoch nicht einbegriffen wurden, nicht zu Rathe gezogen. Eben so wenig Beach-

*) Siehe die Conferenzen der preussischen Generäle mit den Franzosen. Quellen B. II S. 262.

tung ward ihm sonst geschenkt. Man entschuldigte die ausgegebene Ordre zum Rückzuge mit keinem Worte; aber am 13. und 14. October Abends in Luxemburg verlangte Haugwitz kategorisch von dem österreichischen Abgesandten ungesäumte Zustandebringung des Arrangements über die Entschädigungsfrage. Der König, so erklärte der preussische Minister, wolle und werde seine Entschädigung in Polen nehmen und mache diese von zukünftigen *événements* keineswegs mehr abhängig*). Als Spielmann zu den geänderten Tendenzen nicht allsogleich bekehrt werden konnte**), erliess der König schon am 17. October an die Kaiserin von Russland ein eigenhändiges Schreiben in welchem er „durch die Ungunst der Elemente“ sich zum Rückzug gezwungen erklärte. Nach diesen erregten Vorverhandlungen erfolgte am 25. October 1792 die aus dem Hauptquartier des Königs zu Merle datirte Note Verbale des preussischen Ministers.

Um diese Merler Note***) zu verstehen, muss man sich die politische Situation Oesterreichs gut vergegenwärtigen. Alle Vorthelle des Einmarsches in die Champagne, alle Vorthelle der militärischen Offensive und die österreichischen Niederlande waren durch den inzwischen eingetretenen Rückzug gleichzeitig verloren gegangen oder wenigstens in Frage gestellt. Braunschweig hatte die Oesterreicher vom Waffenstillstand förmlich ausgeschlossen, den niederländischen und rheinischen Kriegsschauplatz in denselben nicht einbezogen. Spielmann stand also im Hauptquartier des Königs einer ganz veränderten politischen Situation gegenüber und fand einen anderen leitenden Minister, den von Lucchesini soufflirten Grafen Haugwitz vor, welcher den redlich denkenden Schulenburg inzwischen ersetzt hatte. Lucchesini, Braunschweig, Mannstein, Kalkreuth beherrschten das politische Terrain im preussischen Hauptquartier, als ausgesprochene Gegner der österreichischen Allianz. Die Stimmung war nicht nur gegen Oesterreich, sondern auch gegen Kaiser und Reich im höchsten

*) Siehe B. II. S. 275.

**) Vergleiche Quellen B. II. S. 272 Spielmanns Bericht vom 15. October und S. 338 vom 3. November 1792.

***) Siehe B. II. S. 292.

Grade unfreundlich, ja sogar feindselig. Im Hintergrunde aber beherrschte Russland, welches sich, von Oesterreich vernachlässigt, in den polnischen Angelegenheiten auf die Seite Preussens gewendet hatte, die ganze politische Situation.

Und so kann und muss der 25. October des Jahres 1792 und die Note von Merle als ein neuer Wendepunkt der österreichisch-preussischen Allianz-Politik betrachtet werden.

Die Berichte Spielmann's, dieses warmen Vertreters der preussisch-österreichischen Bundesgenossenschaft, sind in hohem Grade merkwürdig und belehrend über den plötzlich eingetretenen Stimmungswechsel und politischen Umschwung*). Die Oesterreicher, im Felde verlassen, von Seite der Oberleitung zurückbeordert, räumten den vordringenden Franzosen das in Frankreich eroberte Gebiet. Inzwischen aber trat Preussen auch im Reich offen gegen die Errichtung der von Oesterreich vorgeschlagenen Reichsarmee auf. Die Rathlosigkeit war im österreichischen Lager auf das Höchste gestiegen, als Haugwitz mit Spielmann im November nach Wien abreiste.

Nach den Acten der von mir publicirten „Quellen“ steht es fest, dass ihm dort eine bedingungslose Zustimmung zum Einmarsch preussischer Truppen in Polen österreichischerseits nicht gegeben wurde. Als Haugwitz im December Wien verliess, war überhaupt die ganze Entschädigungs-Angelegenheit mehr oder minder noch immer in der Schwebe. Erst am 9. oder 10. December erfolgte die officiële, stark verlausulirte Antwort des kaiserlichen Cabinets auf die Note von Merle.***) Nichtsdestoweniger eilte Haugwitz schnurstracks nach Berlin mit der Meldung zurück, dass der Kaiser ihm mündlich die bedingungslose Zustimmung zum Einmarsch der preussischen Truppen in Polen gegeben habe. Und kurz darauf liess er insgeheim im Jänner 1793 mit Russland die zweite Theilung Polens pactiren, welche von diesen beiden Mächten ohne Oesterreich beschlossen und

*) Siehe Quellen B. II. S. 238, 248, 250, 272, 338, 351, 354.

**) Siehe B. II. S. 293, dazu B. II. S. 377 das Protokoll der Wiener Ministerial Conferenz. Das genaue Datum ist aus dem Wiener Archiv nicht festzustellen.

durchgeführt wurde. Letzterem gewährte man acht Wochen nach der Ratification des Vertrages Einsicht in einen Act, in welchem es als handelnde und dem Pacte zustimmende Macht angeführt und Europa öffentlich angekündigt wurde. — Die Niederlande waren verloren, der Reichsfeind bis ins Herz des Reiches nach Mainz und Frankfurt vorgedrungen, alle österreichischen Streitkräfte am Marsch gegen Westen begriffen, als der österreichischen Politik dieses Schach im Osten geboten und seine officiële Zustimmung zu dem Staatsact der zweiten Theilung Polens verlangt wurde.

Gewiss sind dies eine Reihe wohl begründeter Klagen gegen Preussens Politik. Allein man darf nicht vergessen, dass sich die österreichischen Politiker selbst ihres Rechtes begeben hatten, die preussische Politik zu verurtheilen. — Wer sich blind in die Gefahr begibt und alle Warnungsrufe verachtet, der kann sich unmöglich darüber verwundern, wenn er Unannehmlichkeiten erleidet oder in der Gefahr untergeht. Wer kein Recht kennt, hat kein Recht, sich auf sein eigenes Recht zu berufen. Wer das Recht verletzt, kann nicht beanspruchen, dass ihm Recht geschehe oder ihm Recht gesprochen werde.

Und wenn man die politischen Vorgänge des Jahres 1792 resumirt, so findet man, dass der Verlust der Niederlande, — des Tauschobjectes für Bayern, — dass die militärischen Ereignisse des Feldzuges 1792, die ersichtlicherweise nicht, wie uns Goethe und einige der betheiligten Zeitgenossen überlieferten, durch Regengüsse und verdorbene Wege, sondern lediglich durch den eingetretenen Wendepunkt in der preussischen Politik herbeigeführt wurden, — dass Preussens trockene Eröffnung in Merle, nicht eher weiter kämpfen zu wollen, als bis es sich in Polen seines Aequivalentes versichert habe, — endlich dass die Theilung Polens zwischen Russland und Preussen, ohne Oesterreichs endgiltige Zustimmung abzuwarten, — dass Alles dieses nur eine ganz natürliche Consequenz der lendenlahmen österreichischen Politik war, die sich ihres Zieles zwar bewusst schien, in Wahrheit aber doch planlos und kraftlos herumschwankte bis zum offenkundigen politischen Bankerot.

II.

Im Vorstehenden glaube ich einerseits das politische Verhältniss Oesterreichs zu Preussen klar und lichtvoll gezeichnet zu haben, so wie sich dasselbe jetzt nach der Veröffentlichung der österreichischen Acten unangreifbar in seinen Hauptzügen feststellt. Es bleibt noch die Aufgabe, die unerklärte Wendung der russischen Politik aufzuhellen, welche es ermöglichte, dass die Kaiserin Katharina sich kaum zwei Jahre nach dem Tode des Kaisers Joseph II., ihres treuesten Freundes, eines so scheinbar schwarzen Undankes gegen Oesterreich schuldig machen konnte. — Auch da gelangt der unparteiische Historiker zum überraschenden Ergebniss, dass die österreichische Politik des Grafen Ph. Cobenzl die Erkaltung der russisch-österreichischen Beziehungen und die Annäherung Preussens an Russland selbst verschuldete. In der nachstehenden Darstellung folge ich zum grösseren Theil den Aufzeichnungen des geistreichen Grafen Ludwig Cobenzl, des österreichischen Botschafters in Petersburg, mit welchem sich der Historiker in dieser Frage in vollster Uebereinstimmung erklären muss.*)

Wenn man einen unabhängigen Richter über die Frage entscheiden lassen wollte, sagt dieser Diplomat, welcher der

*) Sein diesbezüglicher eingehender Bericht wird im III. noch unedirten Band der „Quellen“ vollinhaltlich zum Abdruck gebracht.

beiden Alliirten dem Andern die wichtigsten Dienste geleistet habe, ohne mit gleicher Münze rückbezahlt zu werden, so sprächen die Thatsachen so stark zu Gunsten Oesterreichs, dass darüber auch nicht der leiseste Zweifel aufkommen könnte. Aber der Egoismus eines Hofes, der durch seine Stellung von keiner Seite etwas zu befürchten hat, und jedermann beliebig nützlich oder schädlich werden konnte, war ein Factor, mit welchem die österreichische Diplomatie in erster Linie zu rechnen hatte, und diese gegebene Sachlage zu ändern, unter einer so glücklichen Regierung, wie jene der immerhin gross zu nennenden Kaiserin Katharina von Russland, war nicht möglich.

Es gilt daher vor Allem zu untersuchen, in welcher Weise Oesterreich von seiner russischen Allianz grösseren Vorthail hätte ziehen können, und wie eine so plötzliche Erkaltung der noch im Jahre 1790 bestandenen engen freundschaftlichen Beziehungen in den Jahren 1791 und 1792 möglich wurde.

Nach dem Frieden von Kainardgik, im Jahre 1774, hatte der Fürst Potemkin, theils aus ungemessenem Ehrgeiz, theils um sich bei seiner Gebieterin angenehm und unentbehrlich zu machen, den gewaltigen Plan gefasst, die Türken aus Europa zu verjagen und ein neues griechisches Reich, das Königreich Dacien, zu gründen.

Katharina und ihr Günstling fühlten bald, dass ein so grossartiges Beginnen ohne Beihilfe des Wiener Hofes nicht durchgeführt werden könne. Dieser Erkenntniss entsprang der Wunsch einer Wiederanknüpfung intimer Beziehungen zwischen den beiden kaiserlichen Höfen, wodurch Potemkin auch noch die Oberhand über seinen alten Gegner, den Grafen Panin, zu gewinnen erhoffte, welcher der Pfeiler, der Urheber und eifrigste Vertreter der preussisch-russischen Allianz am Hofe Katharinens war.

Dieses Project einer engen politischen Verbindung wurde durch die Reise Joseph's II. und die persönliche Freundschaft der zwei Souveräne wesentlich gestärkt. Der Graf von Falkenstein errang durch seinen Geist, seine Kenntnisse, seine Redlichkeit, seine liebenswürdige Heiterkeit und die Feinheit seiner

Umgangsformen das vollständigste Zutrauen der russischen Semiramis.

Von da an befestigten sich von Tag zu Tag zwischen den beiden Kaiserhöfen immer mehr und mehr Freundschaft und Vertrauen: und alle Anstrengungen, alle Schmeicheleien und Avancen des alternden Königs Friedrich II. konnten das ins Schwanken gerathene System der russisch-preussischen Allianz nicht mehr in's Gleichgewicht zurückversetzen.

Der zwischen den Seemächten damals geschlossene Friede erlaubte es jedoch nicht mehr, sich mit der Ausführung des Lieblingsplanes der Kaiserin, die Türken zu vernichten, zu beschäftigen. Sie begnügte sich daher mit der Besetzung der Krim, indem sie Oesterreich anbot, sich in gleicher Weise gegen die Türkei zu vergrössern, ohne irgend eine Vergrösserung Preussens zuzugeben. Im Falle eines Friedensbruches von Seite Preussens sollten alle russischen Streitkräfte die österreichischen unterstützen. Aehnlich wie bei der zweiten Theilung Polens, gab Russland seine Absichten an Oesterreich erst kund, als es sich bereits im Besitze jener Eroberungen befestigt hatte, die es für sich selbst zu machen gedachte. Oesterreich dagegen, dessen Politik nur zu oft aus Schonung und Nachgiebigkeit für alle seine Nachbarn, sich den Vorwurf der Schwäche gefallen lassen musste, gab den Russen ein sehr schlechtes Beispiel, ja es schuf einen neuen Präcedenzfall gegen die im vergangenen Jahrhundert zäh festgehaltene europäische „Gleichgewichtstheorie“, als es die Vergrösserung Russlands schlechtweg zugab, ohne für sich selbst irgend etwas zu verlangen.

Ausgedehnte Rüstungen, verschwenderische Ausgaben, ein kriegerisches Ultimatum an die Pforte, Depeschen an Frankreich zu Gunsten der russischen Prätionen, die stark genug waren, um die französisch-österreichische Freundschaft zu erschüttern; das Aufgebot aller politischen und militärischen Mittel eines grossen Staates wurden verschwendet, um die Eroberungen Katharinens zu erhalten. Es hätte nicht viel mehr bedurft, um sich selbst für die eigenen Rüstungen in der

Walachei und Moldau, in Serbien oder Bosnien ein dauerndes Aequivalent als Kriegs-Entschädigung zu erringen.

Aber in Wien begehrte man von der Dankbarkeit der russischen Kaiserin Nichts als ihre Erkenntniss, dass die Erstarkung Preussens seit der Eroberung Schlesiens eine gemeinsame Bedrohung Russlands und Oesterreichs geworden sei. Man hegte in Wien kein anderes Verlangen, als der russischen Czarin zu beweisen, dass die erste Etappe auf dem Weg, um ihren Plan gegen die Türkei zu realisiren, ein Krieg gegen Preussen und die Verminderung der preussischen Macht sein müsse. Zur selben Zeit begannen die ersten Unterhandlungen über den bayerisch-niederländischen Austausch.

Die einflussreichsten und begabtesten Mitglieder des russischen Ministeriums, die Grafen Besborodko und Woronzow, waren für diesen Plan gewonnen. Potemkin kannte keinen andern Gedanken als den, sich seiner Gebieterin immer unentbehrlicher zu machen. So sehr er sich selbst vor dem Krieg zu fürchten schien, war er doch der Ueberzeugung, dass, was ihm zunächst lag, die Türken, den Krieg nicht wagen würden, und dass er durch Herbeiführung desselben bei der Kaiserin an Ansehen gewinnen werde. Seit jener Zeit fasste in Petersburg die österreichische Partei festere Wurzeln, und es wurde als politisches Princip ausgesprochen, dass Russland sich jeder Vergrösserung Preussens widersetzen müsse und werde. Und man muss es zur Ehre der russischen Politik, die bis an Katharinens Ende in Besborodko's bewährten Händen ruhte, anerkennen, dass man in Petersburg an diesem politischen Grundsatz bis zum Augenblicke festhielt, als die Ph. Cobenzl-Spielmann'sche Politik plötzlich selbst im Jahre 1792 eine Schwenkung machte und mit dem Antrag an Russland herantrat, der preussischen Macht eine Vergrösserung in Polen zu gestatten.

Was nun den Austausch der Niederlande betraf, so erhielt Oesterreich von Russland Alles, was es vernünftigerweise von seinem russischen Alliirten beanspruchen durfte. Dem Grafen Nicolaus Romanzow wurde der strengste Befehl ertheilt, bei dem

Herzog von Zweybrücken nach Instructionen zu handeln, die man ihm direct aus der Wiener Staatskanzlei zustellen lassen würde. Oesterreich erhielt das Versprechen bewaffneter Hilfe, im Falle der Krieg sich in Folge des Austausches erneuern sollte. Man hat den russischen Unterhändler im Verdachte gehabt, mit Absicht seine Mission bei dem Herzog von Zweybrücken verfehlt zu haben. Allein, dies ist um so unwahrscheinlicher, als der Austausch der Niederlande, indem er Oesterreich der Abhängigkeit von Frankreich entriss, diese Monarchie zum nützlichsten Bundesgenossen Russlands gemacht hätte, und Katharina, falls sie wirklich beabsichtigt haben sollte, den Austausch zu hintertreiben, dadurch dem mit den Türken bevorstehenden Kriege nicht aus dem Wege gieng. Ganz im Gegentheil gab sie dem österreichischen Botschafter Grafen L. Cobenzl zu jener Zeit, und auch zur Zeit der holländischen Streitigkeiten unaufgefordert das Versprechen, in die Kampfarena zu Gunsten Oesterreichs mit voller Kraft einzutreten. Das totale Fehlschlagen des Austauschplanes kann somit nur jenen Zwistigkeiten und den beginnenden inneren Wirren zugeschrieben werden, die österreichischerseits, gegen den Warnungsruf des erfahrenen Kaunitz, in sehr unkluger Weise vom Kaiser Joseph II. in Holland heraufbeschworen wurden.

Auf dem freundschaftlichsten Fuss standen die österreichisch-russischen Beziehungen, als im Jahre 1788 plötzlich der Krieg zwischen Russland und der Pforte ausbrach.

Die Aengstlichkeit, welche man in Oesterreich stets vor der französischen Nachbarschaft vorgeschützt hatte, der Aufstand in den Niederlanden, welcher eher im Zunehmen als im Abnehmen begriffen war, die inneren Wirren der österreichischen Monarchie liessen in Petersburg die Befürchtung aufkommen, dass Oesterreich zögern werde, seinen vertragsmässigen Verpflichtungen nachzukommen. Um so vollständiger war Katharina überrascht, als sie erfuhr, dass 24 Stunden nach Erhalt der Nachricht, dass der russische Gesandte Bulgakow in den

Kerker der sieben Thürme geworfen worden war, Joseph II. den Türken den Krieg erklärte und die umfassendsten Rüstungen zu Gunsten Russlands in Oesterreich vornehmen liess.

Es ist unläugbar, dass es nichts Schmachvolleres geben kann, als die Art und Weise, wie sich die Russen unter Potemkin's Leitung in diesem von ihnen begonnenen Kriege am Kriegsschauplatz benahmen. Aber, wenn dieser Krieg auf österreichischer Seite etwas weniger unglücklich geführt worden wäre, so hätte gerade die militärisch bewiesene Unfähigkeit des Alliirten, für den man die Waffen ergriffen hatte, Oesterreich keineswegs geschadet, sondern ihm entschieden nur zum Vortheile gereicht. Ohne zur Zertrümmerung der türkischen Macht zu gelangen, die in Oesterreichs Interessen durchaus nicht liegen konnte, hätte man für Oesterreich damals sehr leicht die Grenzen des Passarowitzer Friedens zurückgewinnen können, während die russische Politik, in richtiger Erkenntniss ihrer militärischen Schwäche, sich etwa mit Oczakoff hätte zufrieden geben müssen. Alles dies konnte geschehen und leicht geschehen, hätte das erste Kriegsjahr mit den Erfolgen des zweiten geendet. Oesterreichs Waffenglück hätte zudem den Fürsten Potemkin vielleicht weniger unthätig gemacht, wie sich dies später im Jahre 1789 zeigte, wo es sich erwies, dass, wenn Loudon die aus des Kaisers eigenster Initiative ausgegangene Eroberung Belgrads nicht unternommen hätte, Potemkin schwerlich jene von Bender versucht haben würde.

Oesterreichs ehrenvoller Doppelaar flatterte auf Belgrads Wällen, — die Schmach von Passarowitz zu tilgen schien nicht unmöglich. — Da starb der Kaiser im Februar 1790.*) — Joseph II., diese ideale Märtyrergestalt eines verkannten, aber die Menschen gleichfalls verkennenden, gross und edeldenkenden Monarchen, dem zur wahren Grösse einzig und allein Beharrlichkeit und politische Consequenz fehlten.

Mit seinem Tode brach über Oesterreich die Epoche an, in der es ohne Frage sich über Russland am meisten zu be-

*) Der erste Band der „Quellen“ beginnt mit dieser Epoche.

schweren berechtigt ist. Auf seinem Todenbette fühlte Joseph, dass er seinem Nachfolger nichts Bleibenderes und Festeres hinterlassen könne, als den Lohn, den ihm Katharina schuldig geblieben war für die treue Freundschaft, die er ihr bewiesen hatte. Dieser Ueberzeugung entsprach der in Wahrheit erschütternde Brief, den der verlöschende Kaiser von seinem Sterbebette aus in rührenden Worten an sie richtete, und in welchem er das Schicksal seiner Reiche der mächtigen Fürstin an der Newa empfahl*). — Aber der wohlverdiente Lohn blieb aus. In der heftigsten Krise schlug Katharina dem Nachfolger ihres Freundes die erste Bitte ab, die er stellen musste. Das österreichische Cabinet verlangte, um gegen die Preussen, Türken und die Seemächte freie Hände zu bekommen, von dem russischen die militärische Besetzung Galiziens und der angrenzenden, den Türken bereits abgenommenen Gebiete. — Russland erklärte sich hiezu ausser Stand und lehnte ab. — Diese Ablehnung entschied für Leopold II. die Frage der Nützlichkeit der russisch-österreichischen Allianz. Der kluge Florentiner setzte sich rasch mit den Preussen und Türken in das Reine und überliess die Russen ihrem Schicksal. Das war der Lauf der Dinge.

Dennoch war in Russland damals noch der redliche Wille vorhanden, Oesterreich ernstlich zu unterstützen. Auch ist es ausgemacht, dass man in Petersburg einen Bruch mit Preussen, die Eröffnung der Feindseligkeiten von dieser Seite gegen Russland thatsächlich erwartet hatte und eine ähnliche Nachricht weit angenehmer empfunden hätte, als die plötzlich einlangenden Berichte über den Abschluss der Reichenbacher Convention.

Man fühlte in Petersburg, dass man an dieser Entwicklung der Dinge die grössere Schuld trug. Selbst die Einzelabmachungen Oesterreichs mit Preussen und jene mit der Pforte in Sistow hätten die Innigkeit der österreichisch-russischen Beziehungen keinen Augenblick getrübt, wenn man sich nicht umgekehrt in Wien so sehr beeilt hätte, das enggeschlossene

*) Siehe Quelle B. I. S. 1. und bei v. Arneth: „Josef II. und Katharina II. Ihr Briefwechsel.“

Band durch die an den preussischen Gesandten Jacobi abgegebene Erklärung zu lockern, dass Russland auf Oesterreichs Beihilfe fürderhin selbst dann nicht zählen dürfe, wenn es von Preussen angegriffen werde. — Diese Erklärung erbitterte und verletzte Katharina tief. — Dazu kam das eisige Schweigen des österreichischen Cabinets über die von Russland herbeigeführte Sprengung des Sistower Congresses. Und so wurde der geringe Erfolg, den Russland durch diese politische Massregel erreichte, die erste Veranlassung zu einer sichtbar werdenden Verstimmung gegen Oesterreich. — Auch an der grossen Freundschaft, die sich nun zwischen Wien und Berlin ganz plötzlich breit machte, konnte Russland um so weniger Gefallen finden, als ja Russland es war, welches vor Ausbruch des Krieges die österreichische der preussischen Freundschaft vorgezogen hatte und sich nun in die Lage gebracht sah von der ersten Macht verlassen, der letzteren, den Türken und Polen allein gegenüber zu stehen.

Dennoch verschwanden alle diese Unmuthswolken ebenso rasch als sie angeflogen waren, als das österreichische Cabinet sein berühmtes Circulare an alle europäischen Mächte über die französischen Angelegenheiten versandte.*)

Diesem Zwischenfall allein die rasche Schlichtung der preussisch-österreichischen Händel und die österreichischerseits der Pforte gebrachten Opfer zuschreibend, fand man in Petersburg die deutsche Politik hinlänglich entschuldigt. Auch der Gedanke, dass sich Oesterreich und Preussen in einen ihre Kräfte erschöpfenden Krieg gegen Frankreich eingelassen hätten, und Russland nun in Polen die vollste Freiheit des Handelns gewönne, gefiel Katharinen sehr gut. Ihr Unmuth fieng erst wieder an zu wachsen, als sie an dem Ernste Oesterreichs, in die französischen Wirren einzugreifen, zu zweifeln begann. — Joseph II. hatte sie an ein unbegrenztes Vertrauen gewöhnt. Eifersüchtig auf ihre Rolle im europäischen Areopag, sah sie mit wachsender Bitterkeit, dass sich Oesterreich in

*) Quellen B. I. S. 185—208.

allen politischen Fragen nur mehr mit Preussen bespreche und ihr das Resultat der Unterhandlungen immer erst bei deren Abschluss zur Kenntniss bringe, ja sogar sehr oft erst dann ihr davon Mittheilung zu machen sich herbeilasse, wenn sie bereits vom Inhalt der gepflogenen Verhandlungen oder von dem Geschehenen durch andere Wege Kenntniss erhalten hatte. Es war allerdings nur dem verhängnissvollen, sich überstürzenden Gang der französischen Angelegenheiten zuzuschreiben, dass alle Antworten, die über diese Fragen nach Petersburg abgiengen, — Antworten, denen, ohne die russischen Vorschläge im geringsten zu beachten, immerfort die Erklärung beigefügt war, Oesterreich werde und könne gegen Frankreich keine kriegerische Action unternehmen, — dass allen diesen Erklärungen Oesterreichs die Bekanntgabe sehr ernster Massregeln auf dem Fusse folgte, welche den Krieg mit Frankreich immer wahrscheinlicher und wahrscheinlicher werden liessen. Katharina aber, ein Weib so eitel wie irgend eines je gelebt, sah gerade darin den Beweis, dass die nunmehrigen Machthaber in Wien weder ihres Rathes, noch ihrer ferneren Beihilfe bedürftig wären. Sie glaubte sich hintergangen, überlistet und erblickte in der Politik Leopold's II. eine dauernde Erkaltung der freundschaftlichen Beziehungen Oesterreichs zu Russland.

An diese wachsende Entfremdung reihte sich die tatsächliche Divergenz der Anschauungen der zwei kaiserlichen Cabinete in der polnischen Frage.

Unzweifelhaft hätte es den Interessen Oesterreichs entsprochen, dem alten Polenreich neuen Halt und neue Festigkeit zu geben, die Constitution vom 3. Mai 1790 nicht nur zu befestigen, sondern auch durchzuführen. Aber um dies Ziel zu erreichen, bedurfte es vor Allem eines, wie ersichtlich, nicht vorhandenen Einverständnisses mit Russland. Von dem Augenblick an, als Russland die polnische Constitution und das polnische Reich

umzuwerfen beabsichtigte, konnte es sich der Mithilfe Preussens versichert halten. Gegen beide Mächte zu Gunsten Polens Front zu machen, dieses Reich aus dem Zustande vollständigster Ohnmacht allein emporzurichten, diese grosse, lohnende, schöne Aufgabe überstieg weitaus Oesterreichs Kräfte. Die Idee des erblichen Königthums in Polen unter dem Stamm der Wettinen hatte Kaunitz jahrelang vorbereitet. Die Botschafter Oesterreichs und Preussens übergaben noch im Juni 1792 an Russland identische Noten, um die polnische Constitution zu befestigen und zu erhalten;*) aber Russland wusste, dass hinter den ernsten Worten des Fürsten-Staatskanzlers Nichts stand als die Thatlosigkeit des österreichischen Cabinetes. Russland wusste und erfuhr, dass sich die Wendung der österreichischen Politik gegen das System der Erhaltung Polens vorbereitet hatte. Vielleicht wusste es noch mehr, und es erklärte kurzweg die Schlichtung der polnischen Händel allein übernehmen zu wollen. Oesterreich gab auch in dieser Frage nach und die grosse Schwenkung, welche sich hinter dem Rücken des Fürsten-Staatskanzlers, wie aus den früheren Blättern ersichtlich war, durch die Schulenburg-Spielmann'schen geheimen Abmachungen vollzog, benahm der ernsten Sprache des kaiserlichen Cabinetes jeglichen kräftigen Hintergrund.

Kurz vorher noch hätte es von Oesterreich abgehangen, die Dinge mit Russland auf den alten Fuss zurückzusetzen. Leopold II., dem Katharina misstraute, starb im März 1792, und die Kaiserin erblickte in seinem Nachfolger Franz den Schüler Joseph's II., den Erben seiner Gesinnungen und seiner Freundschaft zu ihr. — Hätte der Regierungswechsel damit begonnen, sich mit Russland und Preussen gemeinsam über die französischen und polnischen Angelegenheiten zu verständigen, ohne auf unnütze Erörterungen einzugehen, man hätte gleich zu Beginn des französischen Krieges die Cooperation Russlands gegen Frankreich erlangt. Aber die Art und Weise wie österreichischerseits in dem Circular-Erlass vom 9. Mai 1792 der

*) B. II. S. 99—103.

russischen Hilfeleistung gedacht war, liess in Petersburg den Gedanken aufkommen, dass man Russlands Hilfe in keiner Weise mehr wünsche. — Obgleich in Folge dessen die Eigenliebe Katharinens neuerdings auf das Tiefste verletzt wurde, versprach sie dennoch ein Auxiliarcorps von 15.000 Mann der österreichischen militärischen Oberleitung unterzustellen. So wenig an sich bedeutend eine solche Truppenmacht auch schien, so war sie doch jedenfalls dem späteren Modus der mit Preussen zu theilenden russischen Subsidiengelder vorzuziehen, auf deren Auszahlung Oesterreich bestand, während es auf die Absendung russischer Truppen höflich und kalt verzichtete. Von den Subsidiengeldern konnte man nicht mehr als eine Million Rubel erwarten; von diesen die Hälfte an Preussen abgegeben, verblieben der österreichischen Cassa etwa 500.000 Rubel. — Durfte eine so armselige Summe in Vergleich kommen mit dem Effect, den auf Europa die Nachricht des Anmarsches russischer Streitkräfte hervorgebracht hätte? — Gewiss nicht. — Ganz abgesehen davon, dass dieses russische Hilfscorps rechtzeitig eingetroffen wäre, um Custine von seinem Einfall in das Reich abzuhalten und den Rückzug der Preussen aus der Champagne zu verhindern. Einmal am Kampfplatz, wäre es auch immer leichter gewesen, von der Kaiserin die Ergänzung des Auxiliarcorps zu begehren, als ihr im zweiten Feldzug die ihr im ersten gewordene Ablehnung ihrer Truppen vergessen zu machen.

Das gegen die Emigranten einzuhaltende Benehmen und die Wiederaufrichtung der monarchischen Staatsverfassung, im Falle militärischer Erfolge in Frankreich, waren gleichfalls zwei brennende politische Angelegenheiten, in deren Auffassung sich zwischen den beiden kaiserlichen Höfen eine vollständige Verschiedenheit geltend machte. Katharina II. fühlte sich durch die ihr von den schlaunen Emigranten zugedachte Rolle einer Protectorin der französischen Prinzen und ihres Anhanges geschmeichelt. Diese unterhielten am Hofstaat derselben einen beglaubigten Gesandten, dessen Geschäft es lediglich war, über jene Gegenstände Bericht zu erstatten, die den französischen Prinzen angenehm sein könnten. Nach der entschiedenen Spra-

che, die Oesterreich gegen diese Prinzen führte,*) ist es nur zu leicht begreiflich, dass diese Berichte an der österreichischen Politik kein gutes Haar gelassen haben konnten. Da man sich österreichischerseits aber um die Sympathie der französischen Prinzen gar nicht bemühte, es auch ganz verabsäumte, die Kaiserin über ihr leichtfertiges und egoistisches Benehmen aufzuklären, indem man der Kenntniss Katharinens sogar die geheime Correspondenz Maria Antoinetten's vorenthielt, so ist es nur zu gut begreiflich, dass das Gift jener falschen Emigranten-Berichte zum Schaden Oesterreichs am russischen Hofe fortwuchernd, zur Entfremdung der beiden Kaiserreiche im Jahre 1792 wesentlich beigetragen habe.

Was nun die Frage der monarchischen Staatsverfassung, die der russischen Czarin sehr am Herzen lag, betraf, so verhielt sich Oesterreich hierin gleichfalls ablehnend und passiv. Wiederholt erklärte es sogar, dass es ihm ganz gleichgiltig sei, wer in Frankreich regiere, und wie Frankreichs innere Fragen und Wirren sich lösen würden. Ja, das kaiserliche Cabinet hätte schon im Jahre 1792, wenn in der Champagne ein dauerhafter Friede zu Stande gekommen wäre, für die Freilassung der königlichen Familie von Seite des Convents die republikanische Staatsform Frankreichs ohne Skrupel anerkannt. Während man der russischen Kaiserin in dem Gedanken beipflichtete, das Elsass und womöglich auch Lothringen von Frankreich abzutrennen, wollte man ihr die Concession einer monarchischen Restauration nicht gewähren, obgleich Nichts leichter war, als ihr zu versprechen, dass man in der Restauration so weit als nur immer möglich zu Gunsten der bourbonischen Dynastie gehen werde.

Nach all' dem Gesagten dürfte wohl in überzeugendster Weise bewiesen sein, dass Russland bei der zweiten Theilung Polens, sich über Oesterreich hinweg mit Preussen allein ver-

*) Quellen B. I. S. 371, 424, 426, 432—468. — B. II. S. 36, 56, 149 u. a. O.

v. Vivenot. Zur Genesis der 2. Theilung Polens.

ständigend, an Oesterreichs Freundschaft ein schweres Unrecht begangen hat; aber es erweist sich auch, dass Oesterreich, nachdem es der russischen Politik die wesentlichsten Dienste geleistet hatte, an der Erkaltung der freundschaftlichen Beziehungen grösstentheils durch Formfehler selbsteigene Schuld trug, — eine Wahrnehmung, welche österreichische Staatsmänner von dem Schlage des gewiegten Diplomaten Grafen Ludwig Cobenzl um so peinlicher berühren musste, als mit etwas mehr Sorgfalt und Umsicht während des Ministeriums seines Veters Philipp Vieles, ja das Aergste abzuwenden möglich gewesen wäre.

Die Politik des Fürsten Kaunitz hatte durch 13 Jahre mit Consequenz und Erfolg gegen alle Vergrösserungsgelüste Preussens und Russlands in Polen gearbeitet. Bis zum Augenblick, wo dieses mühevollen Werk altösterreichischer Staatskunst durch die Ph. Cobenzl-Spielmann'schen Entschädigungs-Ideen selbst umgestossen wurde, war man in Petersburg weit davon entfernt, den Preussen irgend welche Vergrösserung in Polen zu gewähren. Ja, man hätte diesem Staate eher den Krieg erklärt, als ihm die Aneignung Danzigs oder Thorn zu erlauben. Selbst noch zur Zeit des unvermutheten Rückzuges aus der Champagne, als die schlimmsten Gerüchte über die preussischen Absichten in Petersburg bekannt wurden, und alle Politiker nach den Abmachungen Braunschweigs mit Dumouriez glauben mussten, dass Preussen von der österreichischen Allianz abgefallen sei — noch im September 1792, als man in Petersburg an eine Zusage Oesterreichs zu neuen Erwerbungen Preussens in Polen nicht glauben konnte, erklärte der russische Minister Graf Ostermann dem österreichischen Botschafter Grafen L. Cobenzl auf das Feierlichste, Russland werde sich jeder Vergrösserung Preussens in Polen mit Waffengewalt widersetzen.

Allein, als Russland plötzlich gewahr wurde, dass sich Oesterreich für die Vergrösserung Preussens in Polen selbst verwende und erwärme, als es erkannte, dass die Zustimmung zu dieser Vergrösserung von Oesterreich als ein hoher Preis betrachtet werde, für welchen es die preussische Bundesgenossen-

schaft und fernere Kriegshilfe sich zu erkaufen erhoffe; da änderte man in Russland freilich gar schnell, aber auch sehr leicht begreiflicher Weise das bisher festgehaltene politische System. Neue Köpfe im Ministerium, Subow und Markow, gewannen an Einfluss im Cabinet. Sie waren weniger als ihre Vorgänger davon überzeugt, dass eine preussische Vergrößerung oder eine Annäherung der russischen Grenzen an jene ihrer österreichisch-preussischen Nachbarn für Russland gefahrdrohend werden könne. Ganz im Gegentheil fanden sie in dem plötzlich vor ihren Augen auftauchenden Plane der Zerstückelung Polens ein sehr bequemes, ja ein willkommenes Mittel, ihr eigenes Ansehen bei ihrer Herrscherin zu heben, sich selbst leichte und reiche Belohnungen zu erringen.

Nun, als die Dinge in Berlin und St. Petersburg spruchreif wurden, nun sich österreichischerseits den vereinten Kräften der russisch-preussischen Macht zu widersetzen, davon konnte doch absolut keine Rede sein. Man war in Wien gar nicht mehr in der Lage, einem solchen Schach irgend einen verzweifelten Gegencoup entgegenzustellen. Man stand im Krieg mit Frankreich und sah sich durch die Note von Merle nahezu selbst auf Schach und Matt gesetzt.

III.

Unter diesen verwickelten Verhältnissen entschloss sich Kaiser Franz II. zu einem, wie ersichtlich, sehr nothwendigen Wechsel in seinem Ministerium des Äussern. Ein starker, kühner und grosser Staatsmann, der Freiherr von Thugut,*) vom Kaiser zu Rathe gezogen, erklärte sich gegen die Ertheilung der Zustimmung Oesterreichs zur zweiten Theilung Polens, erklärte sich für das Fallenlassen des niederländisch-bayerischen Entschädigungsplanes, da eine blose Aussicht auf Abrundung der Monarchie als keine Entschädigung für wirkliche Kriegskosten zu betrachten sei. Er erklärte, das Staatsschiff in das verlassene Fahrwasser der Kaunitz'schen Politik zurückleiten zu wollen. Es waren grosse, eines besseren Erfolges würdige politische Gedanken, die ihn erfüllten.

Das von Thugut über diese politische Wendung verfasste Memoire**) ist eines der interessantesten Documente der von mir veröffentlichten Geschichtsquellen. Oesterreich, so sagte Thugut, müsse auf strictester Reciprocität beharren, seine Entschädigungen im Elsass und Lothringen suchen, den Reichskrieg mit aller Kraft fortsetzen und seine Zustimmung zu dem von den

*) Ueber ihn siehe v. Vivenot „Vertrauliche Briefe des österr. Ministers Freiherrn v. Thugut etc.“ (Wien, Braumüller 1872.) und die ganze diesbezügliche am Umschlag näher bezeichnete Literatur des Verfassers, insbesondere aber auch Hermann Hüffer's „Diplomatische Verhandlungen aus der Zeit der französ. Revolutionskriege“ und das Ergänzungsheft seines ersten Bandes. Ferner siehe auch v. Helfert „Der Rastatter Gesandtenmord“ (Wien, Braumüller 1874.)

**) B. II. S. 498.

Theilungsmächten in Polen geschaffenen *fait accompli* nur dann gewähren, wenn Preussen ihm dagegen redliche, brüderliche Waffenhilfe gegen den Reichsfeind gewährt habe. Der Kaiser wandte sich diesem neuen politischen Systeme zu und enthob den Grafen Ph. Cobenzl und dessen *ad latus* Freiherrn von Spielmann von der Leitung der politischen Geschäfte, welche nun dem Freiherrn von Thugut als *Directeur général des affaires étrangères* übertragen wurden.

So kam es, dass das Ministerium Thugut die vague und wenig glaubwürdige Behauptung des späteren preussischen Unterhändlers von Schönbrunn (1805), es sei ihm in Wien definitiv die Billigung des österreichischen Cabinets zur zweiten polnischen Theilung mündlich ertheilt worden, nicht anerkannte.

Es ist sehr wahrscheinlich, dass die durch die zweite Theilung am meisten compromittirten abgetretenen österreichischen Politiker dem Grafen Haugwitz, der gleichzeitig Minister der auswärtigen Angelegenheiten geworden war, eine bedingungsweise Zustimmung zu einem preussischen Einmarsch in Polen gegeben haben. Was aber den Umfang des zu Erwerbenden betrifft, so dürfte sich ihre Zustimmung höchstens auf den Flächeninhalt Pfalz-Bayerns inclusive der fränkischen Markgrafschaften beschränkt haben. *) Sie dachten bei ihrer Zustimmung zu den preussischen Erwerbungen sicher nicht viel weiter als an Thorn und Danzig, an angrenzende, das preussische Gebiet durchschneidende polnische Districte. Es ist durchaus unglaublich, dass sie den ganzen Umfang des von Preussen in Petersburg in der zweiten Theilung erlangten Gebietes kannten. Von der Ausdehnung der russischen Erwerbungen aber hatten die österreichischen Minister gar keine Ahnung und waren davon auf das Peinlichste überrascht.

Allein, nichts destoweniger steht es fest, dass in den am 23. December 1792 an den Grafen L. Cobenzl nach Petersburg erlassenen Depeschen **) das österreichische Ministerium das russische in officiellster Weise ersuchen liess, Negoci-

*) Siehe auch das Memoire auf S. 41 der vorliegenden Schrift.

**) Quellen B. II. S. 425—434.

ationen mit Preussen zu beginnen. In Wahrheit wollte man allerdings auf österreichischer Seite nicht, dass man ohne Oesterreichs Zustimmung ein endgiltiges Abkommen schlösse. Aber, wenn man erwägt, dass das österreichische Cabinet es war, welches dem russischen, das bis dahin an Nichts weniger als an die Möglichkeit einer solchen politischen Wendung Oesterreichs dachte, — welches Nichts weniger erwartete, als dass Oesterreich selbst den Preussen in Polen eine einseitige Vergrösserung gewähren werde; — wenn man dies alles erwägt und bedenkt, war man da nicht österreichischerseits schon durch das an Russland gestellte einfache Ersuchen, die preussische Vergrösserung zu dulden, dem russisch-preussischen Gutbefund vollständig preisgegeben? — Konnte man sich da österreichischerseits vernünftiger Weise auch nur mit der Hoffnung schmeicheln, Russland vorschreiben zu können, was es nun zu thun und zu lassen habe? Konnte man in Wien noch hoffen, diese Theilung, der man schweren Herzens zugestimmt, sie aber gebilligt hatte, je nach eigener Convenienz wieder vollständig aufzuhalten und rückgängig zu machen? — Gewiss nicht.

Ohne eine andere formelle Zustimmung als die December-Antwort*) auf die Merler Note gegeben zu haben, kannte man österreichischerseits die Wünsche Preussens. Schon in den Mainzer Conferenzen hatte Schulenburg es deutlich ausgesprochen, dass Preussen die ihm zunächst gelegenen vier Palatinate zu besitzen wünsche. Freilich steifte man sich damals österreichischerseits auf die Lacy'sche Idee, diese Bewilligung nur gegen die Abtretung der fränkischen Markgrafthümer an Oesterreich zu ertheilen.***) Haugwitz hat diese Markgrafthümer 13 Jahre später um weit geringeren Lohn dem siegreichen Napoleon geschenkt. — Aber als 1792 das preussische Cabinet erkannte, mit welchen Aengsten und Nöthen man österreichischerseits der Möglichkeit eines preussischen Separatfriedens und des Abfalles Preussens von der Coalition gedachte; als die

*) Quellen B. II. S. 293.

**) Siehe Ph. Cobenzl's Memoire auf S. 41.

Niederlande von den Franzosen überschwemmt, die Kaiserlichen, dem Braunschweigischen Oberbefehl preisgegeben, in die preussischen Rückzugsbewegungen mit eingeflochten waren; als die Rathlosigkeit in Wien und im Lager der kaiserlichen Feldherren überhandnahm, wie noch nie zuvor; als das deutsche Reich ohne Preussens Hilfe wirklich verloren schien: war man da noch in der Lage, den Preussen und Russen Gesetze zu dictiren und ihnen die Begrenzung ihrer Theilungs-Ansprüche vorzuschreiben? mit und ohne Markgrafthümer? — Ja noch mehr. Erwägt man alle Verhältnisse und Vorgänge, so hätte man in Wien selbst über das russische Loos im Klaren sein können. Man wusste, dass das russische Ministerium begehrt nach der Ukraine schiele; man fand Nichts gegen die Vergrößerung nach dieser Seite hin einzuwenden; man hatte Nichts dagegen, dass der zweite Pfeiler der Kaunitz'schen Politik über den Haufen geworfen wurde, der bisher die Annäherung der russischen Grenzen an die österreichischen verhindert hatte. —

Russland griff kühn zu. —

Die russischen Minister erklärten den Preussen, nur nach dem von ihnen festgesetzten Fuss die Theilung zuzugeben, oder lieber davon ganz abstehen zu wollen. Preussen bestand aber jetzt erst recht auf Theilung mit Ausschluss Oesterreichs. Konnte sich nun Oesterreich einem solchen Beginnen mit bewaffneter Macht entgegensetzen? Noch dazu, als es wahrnehmen musste, dass die Polen den Russen in ihrem Lande goldene Brücken gebaut hatten? — Noch dazu, als es wahrnahm, dass in Europa keine einzige Macht dem unglücklichen Schicksale Polens auch nur Ein Wort des Mitleides gönnte, England sich gerade damals Russland und Preussen näherte, ohne auch nur im geringsten von der Theilung Polens Notiz zu nehmen, ohne irgend welche Erwähnung einer so welterschütternden Thatsache zu machen, die zu ändern es sich nicht in der Lage fühlte? — Ja, Europa, ganz Europa war es, das mit Stillschweigen über Polens Geschick zur Tagesordnung übergieng.

Und so fielen zum zweiten Male die Würfel über das unglückliche Reich der Jagellonen. Die Theilung des Jahres 1793

war die Vorläuferin zur dritten und letzten, welche zwei Jahre später erfolgte und nun allerdings durch Thugut's fähiger geleitete Politik mit voller Berücksichtigung der österreichischen Interessen vor sich gieng.

Diese dritte Theilung des unglücklichen Reiches nach den Abmachungen des russisch-österreichischen Jännervertrages vom Jahre 1795*) war die ganz natürliche Folge der russisch-preussischen Abmachungen vom Jänner 1793, die in Polen einen ganz unhaltbaren Zustand geschaffen hatten. Und deshalb muss erkannt werden, dass nicht in der späteren dritten, sondern in der Note von Merle und der hieraus sich naturgemäss entwickelnden zweiten Theilung das Loos über Polen endgiltig fiel.

In den Jahren 1792 und 1793 wurde das europäische Staatsrecht definitiv zerbrochen; die Gerechtigkeit entfloh aus den europäischen Cabineten; die politische Moral lag zertrümmert vor den Augen des staunenden Europa's. — Um sich für die Kosten eines französischen Krieges zu entschädigen, fielen grosse Mächte über ein wehrloses, in sich uneiniges, von Parteien zerklüftetes, friedliches Reich her. Dieser Gedanke war eine politische Ungeheuerlichkeit. —

Sine justitia quid sunt civitates nisi magna societas latronum!

Eine uralte, grosse, ehemals blühende, hochbegabte Nation wurde mit gewaltsamer Hand aus der Geschichte Europas, — aus der Weltgeschichte ausgestrichen, an der sie einst ruhmvollen Antheil genommen hatte! Der bessere Theil dieser Nation wollte sich aus Ohnmacht und Niedergang emporarbeiten, sich dauernde Institutionen schaffen, Selbstständigkeit und Freiheit erringen. Das schien jenen ein Verbrechen, welche auf den politischen Zerfall dieses Reiches, herbeigeführt durch den sittlichen Verfall des polnischen Adels, ihre Vergrösserungspläne entworfen hatten. Deshalb musste Polen als ein Entschädigungs-Object für fremde Kosten dienen! Deshalb musste Polen zu Grunde gehen! — Eine verwerflichere Politik als diese

*) Siehe hierüber meinen Aufsatz im XLII. Band des Archives der k. Akademie der Wissenschaften.

konnte von grossen Staaten kaum erdacht werden. — Die Frankreich bekriegenden Mächte hatten sich durch eine solche Politik des Rechtes verlustig gemacht, sich selbst über ihre eigene spätere Vergewaltigung durch Frankreich zu beschweren. — Was ist die Gewaltpolitik des Convents, des Directoriums und seiner siegreichen Feldherren gegen diese That? — Standen sie nicht mächtigen, das heilige Selbstbestimmungsrecht der französischen Nation bedrohenden Coalitionen mit siegreichen Waffen gegenüber? — Findet nicht die gewalthätige Politik Napoleon's I. von ihrem Anfange bis zu ihrem Ende ihre vollste Entschuldigung in der zweiten Theilung Polens? — Nach so frevelhaftem Beispiele gab es in Europa kein Staatsrecht mehr, keinen Rechtsstandpunkt; es herrschte die roheste Willkür und Gewalt: das Faustrecht ward zum Evangelium europäischer Diplomatie und Politik.

Mémoire

des Vice-Staatskanzlers Grafen Philipp Cobenzl über die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Preussen hinsichtlich der beiden Theilen gebührenden Entschädigung für die gegen Frankreich gemachten Anstrengungen.*)

(Ohne Datum. Muthmasslich zur Zeit der Frankfurter oder Mainzer Conferenzen, (17—21) Juli 1792, von Ph. Cobenzl eigenhändig geschrieben.)

*) St. A. Dieses Memoire fehlt in dem mit dieser Schrift gleichzeitig veröffentlichten II. Band meiner „Quellen“.

En partant du principe que les deux cours doivent toujours marcher d'un pas égal dans tous les avantages qu'elles veulent se procurer, le moyen proposé à Mr. de Schulenburg paraît remplir ce but de préférence à tout autre; il paraît même être le seul auquel les deux cours puissent trouver leur véritable convenance.

D'un côté, on se déférait des provinces des Pays-Bas, séparées du corps de la monarchie, pour faire en échange une acquisition équivalente par son rapport et procurante un arrondissement du côté de la Bavière et des Margraviats. De l'autre côté, on se déférait des Margraviats, séparés du corps de la monarchie prussienne, pour faire en échange une acquisition équivalente par son rapport et procurante un arrondissement du côté de la Pologne.

Jusque là l'avantage ne consisterait encore de part et d'autre que dans le seul avantage de l'arrondissement, en partant de la supposition nécessaire, que l'acquisition à faire en Pologne ne passe pas en rapport la valeur des Margraviats, et que la Bavière avec les Margraviats atteignent ou approchent du moins en rapport la valeur des Pays-Bas.

Si les deux cours veulent se contenter, pour tout dédommagement des fraix de la guerre actuelle, du seul avantage de cet arrondissement réciproque, alors la portion de la Pologne que la Prusse s'approprierait ne devrait pas excéder en valeur les Margraviats dont elle se dessaisirait; mais si la Prusse

voulait s'en approprier d'avantage, pour trouver dans cet acquisition encore un dédommagement de finance outre l'avantage politique d'un arrondissement, alors la Prusse ferait toujours une beaucoup meilleure affaire que l'Autriche, puisque celle-ci ne pouvant faire aucune acquisition équivalente qui soit limitrophe au corps de sa monarchie, quelque acquisition qu'elle ferait d'un autre côté, elle lui serait bien moins avantageuse que ne serait à la Prusse une plus grande extension en Pologne. Malgré cela, nous pourrions nous y prêter et disposer la Russie à y consentir également, si la Prusse se décide pour la cession des Margraviats; mais hors de là la chose n'est pas possible, — car comment pourrions nous voir avec indifférence que la Prusse, en nous serrant d'un côté par les Margraviats, augmente en même temps de force et de puissance du côté de la Silésie? Comment la Russie pourrait elle consentir que la Prusse fasse une importante acquisition en Pologne, uniquement à titre de dédommagement pour la guerre avec la France?

D'un autre côté, comment la Prusse peut elle balancer dans l'alternative entre la possession des Margraviats et celle d'une importante acquisition en Pologne? L'idée de troquer avec le temps les Margraviats contre les Lusaces n'est pas acceptable, puisque alors tout l'avantage serait du côté de la Prusse seule qui acquerrait un nouvel arrondissement, au lieu que l'Autriche perdrait du côté de la Bohême l'extension qu'elle acquerrait du côté de la Bavière et du Haut-Palatinat, et ne gagnerait par conséquent rien du tout. La cession des Margraviats doit être considérée par conséquent comme le principal, si non comme l'unique moyen pour procurer à la Prusse une acquisition en Pologne, puisque, à moins d'obtenir les Margraviats, la maison d'Autriche non seulement n'aurait rien pour les fraix de la guerre, mais perdrait encore notablement du côté des finances par le simple troc de la Bavière contre les Pays-Bas; elle perdrait donc doublement, en même temps que la Prusse non seulement ne perdrait rien, mais qu'elle aurait encore un dédommagement réel pour les fraix de la guerre.

Toute acquisition que l'Autriche pourrait faire aux dépens de la France, quand même il y en aurait à sa convenance, ne pourrait jamais être mise en parallèle avec l'avantage que la Prusse retirerait d'une extension importante en Pologne.

Il résulte de tout cela que, si le Roi de Prusse est attaché invinciblement à la conservation des Margraviats, il faudra renoncer réciproquement à l'acquisition de la Bavière et d'une partie de la Pologne et chercher ailleurs un dédommagement aux fraix de la guerre, en dirigeant dès à présent les opérations de la campagne de manière à pouvoir parvenir à son but. Or, soit qu'on veuille se dédommager par des acquisitions, soit qu'on veuille se contenter d'un remboursement, en s'en assurant par une hypothèque, il faudrait tâcher de se rendre maître de les provinces de la France dans lesquels on puisse facilement se soutenir sans grands fraix. Les contrées situées sur la rive gauche du Rhin vis-à-vis du Brisgau ne sont certainement pas de ce genre. Nous ne pourrions pas les garder non plus que la Lorraine. Le seul côté où nous pourrions nous soutenir serait dans la Flandre et le Hainaut français et le comté d'Artois, après qu'on se serait rendu maître de toute la chaîne des forteresses depuis Thionville, Longwy, Sedan etc. jusqu'à Dunkerque. La guerre sera alors plus longue, et il faudra se munir d'une suffisante artillerie de siège; mais il vaudra mieux faire une campagne ou deux de plus, en profitant de la guerre civile en France, pour se procurer des avantages solides, en réunissant aux Pays-Bas les provinces que les Français ont jadis conquises sur elles, que de se hâter à faire la paix, en renonçant à tout dédommagement de nos fraix, ou en faisant des acquisitions que nous serions exposés à perdre à la première occasion, faute de forces suffisantes pour les défendre.

Le plan de la campagne devra être alors changé le plus tôt possible, et après que le prince de Hohenlohe se sera rendu maître de Thionville, il devra se réunir avec toute son armée à celle des Pays-Bas, pour agir avec force et rapidité du côté de la Flandre et du Hainaut. Cette puissante diversion occupant alors de ce côté-là les plus grandes forces de la France,

l'armée prussienne pourra s'étendre facilement, tant qu'elle voudra, dans la Lorraine, les Évêchés, l'Alsace et y prendre un pied ferme, en se rendant maître de Metz, Verdun, Strassbourg etc., secondée à cet effet, autant que possible sera, par l'armée du prince d'Eszterházy, faisant une diversion aussi de son côté. Mais le rétablissement de l'ordre en France ne devra plus alors être considéré comme le but le plus pressant des opérations de nos armées. La prolongation du désordre et de la guerre civile en France devra même être regardée comme favorable à notre cause, et le retour de la paix moyennant le règlement d'une constitution française quelconque sera un bien que la France devra acheter des alliés par le sacrifice des provinces que nous aurons conquises. Ce parti devra être pris nécessairement, non seulement si le Roi de Prusse, par prédilection pour les Margraviats, renonce à toute acquisition en Pologne, et que par conséquent le projet de l'échange de la Bavière soit abandonné, mais aussi dans le cas que la maison palatine ne veuille pas s'y prêter, ce qui est très possible. Le prince Max des Deux-Ponts du moins en a paru à la dernière occasion plus éloigné encore que le duc, son frère, et il ne faudrait pas s'étonner par conséquent, si ces princes attachaient le même prix d'affection à la conservation de la Bavière, que le Roi de Prusse attache à celle des Margraviats, quoiqu' avantageuse que serait indubitablement sous tous les rapports à la maison palatine l'acquisition des Pays-Bas.

Cette circonstance fait qu'il est tout aussi pressant d'entrer en pourparler avec ces princes qu'il est de l'autre côté de s'arranger avec la Russie, l'Impératrice ne pouvant guère différer de prendre un parti définitif en Pologne, au point où les choses se trouvent actuellement.

C'est au Roi de Prusse à décider, lequel des deux moyens de dédommagement il voudra préférer. Nous pouvons nous accommoder de l'un comme de l'autre, pourvu qu'il se détermine promptement, et que nous puissions sans retard commencer à agir en conséquence. Il sentira lui-même, d'après tout ce qui vient d'être exposé :

1^o qu'une acquisition quelconque en Pologne ne peut avoir lieu à moins de l'échange de la Bavière, y compris les Margraviats, vu que ni l'Autriche ni la Russie ne peuvent y donner les mains autrement;

2^o qu'en abandonnant ce projet et voulant obtenir un dédommagement à nos fraix, nous devons indispensablement, et dès à présent, tourner toutes nos forces du côté des Pays-Bas.



BRIGHAM YOUNG UNIVERSITY



3 1197 22450 5849